

Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns ein wichtiges Anliegen. In dieser Datenschutzerklärung möchten wir Sie darüber informieren, welche personenbezogenen Daten im Rahmen der Zentrale des Kirchenamtes in Stade für Verwaltungs- und Koordinationsaufgaben verarbeitet werden, zu welchen Zwecken dies geschieht und welche Rechte Ihnen in Bezug auf Ihre Daten zustehen. Die Verarbeitung erfolgt in Übereinstimmung mit dem Datenschutzgesetz der Evangelischen Kirche in Deutschland (DSG-EKD) sowie weiteren einschlägigen kirchlichen und staatlichen Datenschutzvorschriften.

▪ VERANTWORTLICHE STELLE

Verantwortlich für die Datenverarbeitung im Sinne des Datenschutzgesetzes ist:

Kirchenamt in Stade

vertreten durch Frau Gabriele Furche

Dankersstr. 24

21680 Stade

Telefon: 04141 5185-0

Fax: 04141 5185-90

E-Mail: kka.stade@evlka.de

Website: <https://www.kirchenamt-in-stade.de/>

▪ DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE

Als Datenschutzbeauftragte bestellt, ist:

Agentur für Datenschutz

vertreten durch die Geschäftsführerin

Frau Karoline Tancredi

29339 Wathlingen

Mobil: 017687858879

E-Mail: Karoline.Tancredi@AgenturfuerDatenschutz.de

▪ ERHEBUNG UND VERARBEITUNG VON PERSONENBEZOGENEN DATEN

Innerhalb der Zentrale des Kirchenamtes bzw. Kirchenkreisamtes erheben und verarbeiten wir personenbezogene Daten zur Erfüllung unserer organisatorischen, administrativen und koordinierenden Aufgaben. Dabei werden insbesondere folgende Datenkategorien verarbeitet:

- **Stammdaten:** Anrede, Titel, Vorname, Nachname, Geburtsname, Geburtsort, ggf. Geburtsdatum
- **Kontaktdaten:** Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Mobilnummer
- **Postdaten:** Absender- und Empfängerdaten, Datum und Uhrzeit des Postein- und -ausgangs, Inhalte von Postsendungen (z. B. Anträge, Bescheide, Schriftverkehr)

- **Finanzdaten:** Kontodaten, Zahlungshistorie, Rechnungsdaten, Mahndaten, ggf. Buchungsbelege
- **Bewerberdaten:** Angaben zu Bildungsabschlüssen, Qualifikationen, Zertifikaten, Lebenslaufdaten
- **Besondere Kategorien personenbezogener Daten** (gemäß § 13 DSG-EKD): z. B. Gesundheitsdaten (z. B. im Rahmen von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen), Religionszugehörigkeit (z. B. bei Bewerbungen oder Mitgliedschaftsangelegenheiten)
- **Besucherdaten:** Name und Vorname, Besuchsdatum und -zeit, Zweck des Besuchs, ggf. Unterschrift
- **Anrufrdaten:** Anrufnummer, Datum und Uhrzeit, Weiterleitungsinformationen, ggf. Gesprächsnotizen
- **Protokolldaten:** Inhalte und Verschriftlichungen von Dienstbesprechungen, Arbeitsgruppen oder Gremiensitzungen

Diese Daten werden ausschließlich im Rahmen der jeweiligen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben verarbeitet.

▪ **ZWECK DER VERARBEITUNG**

Die Verarbeitung der oben aufgeführten Daten erfolgt unter Beachtung der

- Verwaltung und Koordination von Besuchsterminen (§ 6 Nr. 3 DSG-EKD)
- Weiterleitung und Bearbeitung von Anrufen (§ 6 Nr. 3 DSG-EKD)
- Kommunikation mit Besucher:innen und Mitarbeitenden (§ 6 Nr. 3 DSG-EKD)
- Dokumentation von Besuchsvorgängen (§ 6 Nr. 3 DSG-EKD; ggf. § 6 Nr. 6 DSG)
- Verwaltung und Bearbeitung des Postein- und -ausgangs (§ 6 Nr. 3 DSG-EKD)
- Anfertigung und Archivierung von Protokollen (z. B. aus Dienstbesprechungen, Gremiensitzungen) (§ 6 Nr. 3 DSG, ggf. § 6 Nr. 6 DSG-EKD)
- Bearbeitung von Anfragen und Schriftverkehr (§ 6 Nr. 3 DSG-EKD)
- Organisation interner Verwaltungsabläufe (§ 6 Nr. 3 DSG-EKD)
- Unterstützung von Fachabteilungen durch zentrale Koordination und Datenweiterleitung (§ 6 Nr. 3 DSG-EKD)
- Erfüllung gesetzlicher, kirchlicher oder vertraglicher Verpflichtungen (§ 6 Nr. 6 DSG-EKD)

▪ **RECHTSGRUNDLAGE FÜR DIE VERARBEITUNG VON PERSONENBEZOGENEN DATEN**

Die Verarbeitung personenbezogener Daten innerhalb kirchlicher Einrichtungen erfolgt auf der Grundlage des Datenschutzgesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland (DSG-EKD). Gemäß § 6 DSG-EKD gibt es mehrere Rechtsgrundlagen, die die Verarbeitung personenbezogener Daten rechtfertigen. Diese sind im Folgenden ausführlich beschrieben:

1. **§ 6 Nr. 1 DSG-EKD: Erlaubnis durch Rechtsvorschrift**

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist zulässig, wenn eine Rechtsvorschrift dies erlaubt oder anordnet. Dies bedeutet, dass kirchliche Einrichtungen personenbezogene Daten verarbeiten dürfen, wenn dies durch gesetzliche Bestimmungen vorgeschrieben ist. Beispiele hierfür sind die Kirchenbuchordnung oder andere kirchliche Regelungen, die die Verarbeitung bestimmter Daten vorschreiben.

2. **§ 6 Nr. 2 DSG-EKD: Einwilligung der betroffenen Person**

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung zu der Verarbeitung für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben hat. Die Einwilligung muss freiwillig, informiert und eindeutig sein. Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen.

3. **§ 6 Nr. 3 DSG-EKD: Erfüllung der Aufgaben der verantwortlichen Stelle**

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist zulässig, wenn sie zur Erfüllung der Aufgaben der verantwortlichen Stelle erforderlich ist. Dies umfasst auch die Ausübung kirchlicher Aufsicht. Beispiele hierfür sind die Verwaltung von Gemeindemitgliedern oder die Durchführung kirchlicher Veranstaltungen.

4. **§ 6 Nr. 4 DSG-EKD: Wahrung berechtigter Interessen**

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist zulässig, wenn sie zur Wahrung der berechtigten Interessen der verantwortlichen Stelle oder eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person überwiegen. Ein Beispiel hierfür wäre die Verarbeitung von Daten zur Verbesserung der Sicherheit innerhalb der kirchlichen Einrichtung.

5. **§ 6 Nr. 5 DSG-EKD: Erfüllung eines Vertrages**

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist zulässig, wenn sie zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich ist. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Verarbeitung von Daten im Rahmen eines Mietvertrages oder eines Arbeitsvertrages.

6. **§ 6 Nr. 6 DSG-EKD: Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung**

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist zulässig, wenn sie zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist. Dies bedeutet, dass kirchliche Einrichtungen personenbezogene Daten verarbeiten dürfen, wenn dies notwendig ist, um gesetzlichen Anforderungen nachzukommen. Beispiele dafür sind steuerrechtliche Aufbewahrungspflichten oder Meldepflichten gegenüber staatlichen Behörden.

7. **§ 6 Nr. 7 DSG-EKD: Wahrnehmung einer Aufgabe im kirchlichen Interesse**

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist zulässig, wenn sie zur Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im kirchlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die der verantwortlichen Stelle übertragen wurde. Dies könnte die Durchführung von Seelsorge oder diakonischen Diensten umfassen.

Darüber hinaus ist in bestimmten Fällen auch die Verarbeitung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten möglich.

1. **§ 13 Abs. 2 Nr. 1 DSG-EKD:**

Die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (bspw. Gesundheitsdaten) ist zulässig, wenn die betroffene Person für einen oder mehrere festgelegte Zwecke eine Einwilligung erteilt hat.

2. **§ 13 Abs. 2 Nr. 2 DSG-EKD:**

Die Verarbeitung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten (bspw. Gesundheitsdaten) ist rechtmäßig, wenn die Verarbeitung erforderlich ist, damit die verantwortliche Stelle oder die betroffene Person die ihr aus dem kirchlichen Arbeitsrecht erwachsenen Rechte ausüben und ihren diesbezüglichen Pflichten nachkommen kann.

▪ **EMPFÄNGER DER PERSONENBEZOGENEN DATEN**

Der Begriff des „Empfängers“ ist in § 4 Nr. 11 DSG-EKD legaldefiniert. Danach zählt als „Empfänger“ eine natürliche oder juristische Person, kirchliche oder sonstige Stelle, der personenbezogene Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht. Folgende Empfänger sind im Verarbeitungsprozess möglich:

- Kirchenvorstand des Kirchenkreises,
- Mitarbeiter:innen des Kirchenamtes und die jeweiligen dazugehörigen Institutionen,
- Ggf. Landeskirchenamt und Rechnungsprüfungsamt der Ev.-luth Landeskirche Hannovers im Rahmen der ihr obliegenden Aufsichtsfunktion,
- Kindertagesstätten,
- Gemeinden,
- Supturen,
- Externe Dienstleister (Postdienstleister, Handwerker, Versicherungen, Sicherheitsdienste)
- Staatliche Behörden,
- Kirchliche Aufsichtsbehörde,
- Rechtsanwälte.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt unter Einsatz verschiedener Software-Komponenten, die zur Erfüllung der Aufgaben in der Zentrale erforderlich sind. Dazu zählen unter anderem Programme zur Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, E-Mail-Kommunikation, Dokumentenmanagement sowie weitere Anwendungen zur Unterstützung administrativer und organisatorischer Prozesse.

Aufgrund der technischen Infrastruktur insbesondere international tätiger Anbieter kann eine Übermittlung personenbezogener Daten in sogenannte Drittländer, insbesondere in die USA, nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Um ein angemessenes Datenschutzniveau sicherzustellen, wurden mit den eingesetzten Dienstleistern – soweit möglich – Auftragsverarbeitungsverträge (AVV) bzw. Data Processing Agreements (DPA) gemäß § 30 DSG-EKD abgeschlossen. Darüber hinaus bestehen mit allen weiteren Auftragsverarbeitern, die im Rahmen der zentralen Verwaltungsprozesse eingesetzt werden, entsprechende vertragliche Vereinbarungen, die insbesondere Regelungen zur Datensicherheit, Zweckbindung und Weisungsgebundenheit enthalten.

▪ **DAUER DER SPEICHERUNG**

Personenbezogene Daten werden grundsätzlich nur so lange gespeichert, wie es für die Erfüllung der jeweiligen Zwecke, zu denen sie erhoben wurden, erforderlich ist. Sobald der Zweck der Verarbeitung entfällt, werden die Daten gelöscht oder – sofern zulässig – anonymisiert.

Eine Löschung erfolgt jedoch nicht, wenn der Aufbewahrung gesetzliche oder kirchliche Aufbewahrungspflichten entgegenstehen.

▪ **RECHTE DER BETROFFENEN PERSONEN**

Sie haben das Recht:

- auf Auskunft über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gem. (§ 19 DSG-EKD) bitte beachten Sie, dass in bestimmten Fällen das Recht auf Auskunft eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann (§ 19 Abs. 3, 7 DSG-EKD),
- auf Berichtigung unrichtiger Daten (§ 20 DSG-EKD),
- auf Löschung Ihrer Daten, sofern keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen entgegenstehen (§ 21 DSG-EKD),
- auf Einschränkung der Verarbeitung (§ 22 DSG-EKD),
- auf Datenübertragbarkeit (§ 24 DSG-EKD),
- auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (§ 25 DSG-EKD),
- nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt (§ 25a DSG-EKD)

▪ **WIDERRUF DER EINWILLIGUNG**

Sie können Ihre Einwilligung zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Der Widerruf berührt die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung jedoch nicht.

▪ **BESCHWERDERECHT**

Sie haben das Recht sich bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt.

Die für uns zuständige Behörde ist:

Der Beauftragte für den Datenschutz der EKD

Lange Laube 20
30159 Hannover
Tel.: 0511 768128-0
Fax: 0511 768128-20
E-Mail: info@datenschutz.ekd.de

▪ **ERFORDERLICHKEIT DER BEREITSTELLUNG DER PERSONENBEZOGENEN DATEN UND MÖGLICHE FOLGEN DER NICHTBEREITSTELLUNG**

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Erfüllung unserer kirchlichen Aufgaben und Pflichten sowie für die Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich. Ohne diese Daten sind wir in der Regel nicht in der Lage, die gewünschten kirchlichen Dienstleistungen oder Unterstützungen zu erbringen.

Sollten Sie die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, kann dies zur Folge haben, dass wir:

- Bestimmte kirchliche Dienstleistungen oder Unterstützungen nicht erbringen können.
- Unsere gesetzlichen oder kirchlichen Verpflichtungen Ihnen gegenüber nicht erfüllen können.
- Den Kontakt zu Ihnen nicht aufrechterhalten können.

Wir bitten Sie daher, die erforderlichen Daten vollständig und korrekt bereitzustellen.

▪ **BESTEHEN EINER AUTOMATISIERTEN ENTSCHEIDUNGSFINDUNG EINSCHLIEßLICH PROFILING**

Profiling bezeichnet die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten, um bestimmte persönliche Aspekte einer Person zu bewerten. Dies umfasst die Analyse von Vorlieben, Interessen, Verhalten oder anderen Merkmalen, um Vorhersagen zu treffen oder Entscheidungen zu unterstützen, die auf diesen Bewertungen basieren.

Wir möchten Sie darüber informieren, dass in unserem Kirchenamt keine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling stattfindet. Sämtliche Entscheidungen, die Ihre personenbezogenen Daten betreffen, werden von unseren Mitarbeitern manuell getroffen. Dadurch wird sichergestellt, dass Ihre individuellen Umstände und Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden.

Für alle Fragen zum Thema Datenschutz steht Ihnen unsere Datenschutzbeauftragte gerne zur Verfügung.